

SOZIALDEMOKRATIE

Herausgegeben von der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
für die Provinz Sachsen

Der Weg der deutschen Sozialdemokratie

Wo stehen wir, wohin gehen wir?

Programmatische Rede des Vorsitzenden des Zentralkomitees der SPD.

Machtvolle Kundgebung in Magdeburg

Magdeburg, den 16. September 1945.
In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Magdeburg hat es viele große Tage gegeben; der 15. September 1945 wird zweifellos mit zu den größten gehören. In einer Kundgebung, die von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet wurde, legte der Vorsitzende des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Grotewohl, in programmatischer Rede Weg und Ziel unserer Partei fest, immer wieder von stürmischer Zustimmung unterbrochen.
Zu Tausenden waren die aufgerufenen Einwohner in der Städtischen Halle erschienen, darunter viele alte Parteigenossen, die sich jetzt wieder daran erinnerten, wie es einmal in Magdeburg war, wenn die Partei aufgerufen hat. Die Sozialdemokratie vermochte auch damals das öffentliche Leben der alten Elbestadt zu beherrschen, wenn sie aufgerufen wurde. Mit großem Recht nannten die Sozialdemokraten damals Magdeburg „Die rote Stadt im roten Land“.

Durch eine Verkehrstörung war der Redner etwas verspätet gekommen. Man wußte im Anfang nicht, ob er überhaupt erscheinen würde. Genosse Korpeter sprang ein, nachdem Genosse Weigelt, der Vorsitzende der Magdeburger Parteigründung, die Versammlungsteilnehmer begrüßt hatte, und er wußte sofort die Riesenversammlung zu einen und zu fesseln in kühn und sicher gezeichneter Darstellung der Zeitfragen.

Otto Grotewohl hat das Wort

Der 17. Juni 1945 war für uns Sozialdemokraten ein historischer Tag, weil er uns die Wiedergeburt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands brachte. Inmitten eines chaotischen Zustandes auf wirtschaftlichem, politi-

schem und kulturellem Gebiet fanden sich mehr als 1500 sozialdemokratische Kämpfer zusammen, um den ersten Grundstein für den Beginn einer neuen Aufbauarbeit zu legen. Nach Ablauf von drei Monaten werden wir heute die Frage auf „Wo stehen wir, und wohin wollen wir?“

Die Beantwortung der Frage soll eindeutig mit restloser Ehrlichkeit vor der deutschen Arbeiterschaft und der Weltöffentlichkeit erfolgen. 1918 war Deutschland eine Demokratie geworden, eine Demokratie im vollen Sinne des Wortes, in der alle Gewalt vom Volke ausgeht. Die Verfassung bot die Handhabe zu allem, was das Volk wollte. Die Demokratie war tot und kannte grundsätzlich keine staatliche Spähre, so daß weite Teile der deutschen Arbeiterklasse in der Demokratie von Weimar die Magna Charta für den Sozialismus ahnten. Wir ahnten das, die Bourgeoisie aber wußte und fürchtete es. Hier beginnt unsere Schuld am Hitlersystem. Die Schuld der Arbeiterklasse am Hitlersystem ist nicht, daß sie 1932 oder 1933 sein Kommen nicht verhindert hat, sondern daß sie von der Geburtsstunde der Demokratie an nur politische Taktik betrieb, ohne zu wissen, daß es ihre Aufgabe war, auch eine politische Strategie zu betreiben. Die hochkapitalistische Bourgeoisie hatte dagegen vom ersten Augenblick an den lebensgefährlichen Totalitätscharakter der Demokratie erkannt und begriffen. Sie bezog die Bastionen des Parlaments, der Sozialistischer Kommissionen, um von da mit den Mitteln der Demokratie die Arbeiterklasse zu bekämpfen.

Die drei Verderber Deutschlands: Stinnes, Hugenberg und Kirdorff tauchen in Presse, Film und allen Hauptpositionen auf. Es gab keine bürgerliche Zeitung, keine Zeitschrift, die nicht auf eine der tausend Fesselsorten bis zur persönlichen Korruption gebunden wurde. Schwerindustrie und Großgrundbesitz vertraten ihre illegale Kampfesweise in der Demokratie, ehe Hitler an die Macht kam.

Fehler, die sich nicht wiederholen dürfen

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hatten auch ihre große Zeit, aber es vollzogen sich in dieser Periode zwei große Fehler. Der erste war die Nichtbeachtung der schwerkapitalistischen Aufstiege gegen die Gefahren der Demokratie, und der zweite war die Unterlassung des Kampfes dagegen. Die Arbeiterklasse hatte übersehen, daß mit dem Umsturz 1918 und mit dem grandiosen Höhensturz der Inflation Millionen von Deklassierten und Angehörigen der mittleren Bürgertums Proletariat geworden waren. Sie hatte auch übersehen, daß die Riesenstäbe an wissenschaftlich vorgebildeten Fachhelfern in den Konzernn und Trusts, Lenkungs- und Forschungsstellen nach ihrer Klassenlage als unentbehrliche Sozialisten nicht Hörige der hochkapitalistischen Bourgeoisie hätten werden dürfen, sondern zur Arbeiterklasse gehört hätten.

Wette Schlachten des deutschen Volkes wurden zu politischem Treibholz, das willenlos und planlos umhertrieb. Die Vielzahl der

Parteien in der Weimarer Demokratie und die Erschöpfung der Vielgruppenherrschaft waren weder ein Zufall, noch die Gesetzmäßigkeit der Demokratie. Sie waren vielmehr das Ergebnis eines politisch-strategischen Fehlers in der klassenpolitischen Ausnutzung der Chancen, welche die Demokratie der Arbeiterschaft bot.

Solange alles gut ging, etwa bis zum Jahre 1929, trat die Gefahr nicht zutage. Aber die Stunde mußte kommen, wo Hitlers Staat aufging und Hitler zum Degen der Großindustrie gemacht wurde. Als die Wirtschaftskrisis 1929/30 eintrat, 1931 der Banken- und Währungskrisis folgte, zeigten sich die Auswirkungen der strategischen Fehler. Die demokratische Verfassung bot die gefährliche Handhabe zu jeder Verstaatlichung. Die Großbanken gerieten bereits praktisch unter den Einfluß des Staates, die Großindustrie handelte, wie sie handeln mußte um sich zu retten. Hitler war ihr Retter.

Die Spaltung der Arbeiterschaft war verhängnisvoll

Die organisierte, aber in sich gesplittete Arbeiterschaft hätte es nicht vermocht, Großindustrie und Großgrundbesitz der Staatsgewalt ein- und unterzuordnen. Die deutsche Arbeiterklasse hatte keine Erfahrung in der Handhabung der Demokratie, und die sechs Jahre von 1924 bis 1930 — vorher war es zu turbulent und nachher war es zu spät — waren zu kurz, um zugleich alles zu lernen und aufzubauen. Wir haben auch nicht gewußt, daß die Arbeiterklasse gegen eine hochkapitalistische Diktatur keine Gegenwehr mehr hatte, wenn ihr die Waffen der Demokratie einmal aus den Händen genommen war. Notwendig ist die Erkenntnis, daß es auf unserem Wege zum Sozialismus keine proletarisierte Masse und keine kleinstädtische Intelligenz mehr geben darf, die wir nicht für uns gewinnen müssen.

In der hochkapitalistischen Gesellschaftsverfassung ist die Demokratie für die Arbeiter-

klasse notwendiger und unentbehrlicher als die Luft zum Atmen. Fehlt sie und tritt ein faschistischer Caesarismus an ihre Stelle, so löst sich die organisierte Arbeiterklasse in Atome auf mit absoluter Vernichtung.

Hochkapitalistische Wirtschaft ohne Demokratie ist ein einseitig bewaffneter Kriegszustand im Innern.
SA, SS, Gestapo und SD, die Konzentrationslager, der Galgen und schließlich die Guillotine sind die äußersten beweisbaren Merkmale. Eine Bewaffnung der Arbeiterklasse war unter diesen Umständen nicht möglich. Eine Befreiung von Hitler und der mit ihm in den Kriegen verbundenen Hochkapitalisten konnte nicht von innen, sie konnte nur von außen kommen.

Ich habe mich vom Standpunkt des deutschen Volkes aus in der geschichtlichen Kundgebung der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien am 12. August 1945 im Funk-

haus Berlin zum Schuldbekenntnis eingehend und grundlegend geäußert. Hier spreche ich nochmals dazu und erkläre: Die deutsche Großindustrie und die NSDAP sind schlechthin schuldig, das Deutsche Reich als Staat und das deutsche Volk als Staatsbevölkerung mögen für verantwortlich erklärt werden. Große Teile der organisierten Arbeiterklasse aber können

nicht als schuldig erklärt werden. Sie haben sich innerlich Hitler nie gebeugt und nie dem Kriege zugestimmt. Sie haben gegen Hitler die schwersten Opfer gebracht. In der Schuldfrage am Kriege darf die organisierte Arbeiterschaft ebenso frei ihr Haupt erheben wie die Oesterreicher, der Tschechoslowaken, Frankreichs Italiens und Jugoslawiens.

Unsere Aufgaben und unser Weg

Ein Blick in die wirtschaftliche und politische Lage zeigt uns, welche Aufgaben vor uns stehen, und welchen Weg wir zu gehen haben. Die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, von denen wir im August 1945 in Deutschland ausgehen haben, sind einzigartig in der Wirtschaftsgeschichte. Es fehlt diesen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen jegliche innere Abgestimmtheit, die eine Volkswirtschaft selbst in den schwersten Kriegen, ja selbst im Strudel eines Weltkrieges sich immer erhält. Die Wirtschaftsfrage in Deutschland im August 1945 hat diese Abgestimmtheit der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse nicht mehr. Es fehlt jegliche Art von innerem

Gleichgewicht, jede Art von Bilanz, im Querschnitt der Verhältnisse sowohl, als auch hinsichtlich der Kontinuität, die vollständig unterbrochen ist. Es herrscht ein Zustand völliger chaotischer Unausgeglichenheit zwischen allen gesamtgesellschaftlichen Fragen. Vor allem fehlt jede einheitliche Lenkung und jede Spur eines Gleichgewichtes. Zu allem kommt, daß diese auseinandergeratenen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands in vier verschiedenen Besetzungszonen sogar strukturell verschieden sind gestaltet haben und, mindestens im Ost- und Westgebiet, sogar vielfach nach eingegegensetzter gerichteten Zielen dirigiert werden.

Was bringen uns die Potsdamer Beschlüsse!

Sie legen uns die Rechnung vor für die von Hitler geschaffene Verwüstung. Sie zeigen uns aber auch gleichzeitig, welche ungeheuerlichen Verzerrungen die Goebbelsche Propagandamaschine über den angeblichen völligen Vernichtungswillen der Alliierten dem deutschen Volk vorgesetzt hat. So schwer auch die Beschlüsse von Potsdam auf dem deutschen Volk lasten mögen, so schwer auch die Erkenntnis dieser Lage sein mag, sie zeigt doch, daß uns vieles erspart bleibt, womit bei einer hochgradigen reinen Vergeltungspolitik der Alliierten und angesichts der ungeheuren Vernichtung, die Hitler hervorgerufen hat, zu rechnen war. Deutschland wird nicht vernichtet, sondern erhält die Möglichkeit zu neuem Leben und neuem Aufbau. Die Friedensbedingungen sollen vorbereitet werden. Das entsprechende Dokument soll Deutschland zur Annahme vorgelegt werden, wenn es die dem Zweck geeignete deutsche Regierung gebildet sein wird.

Vor uns steht, so fuhr der Redner fort, un-

serer Forderung aus unserem programmatischen Aufruf nach der

Erfassung des Großgrundbesitzes. Sie ist erfüllt. Es ist für Deutschland untragbar, daß wir bei der Einschleung von Flüchtlingen und Kriegsgefangenen menschenleere Großräume haben. Jeder Quadratmeter Grund und Boden muß nicht nur zur Hervorbringung von Ernten, sondern auch zur Unterbringung von Menschen verwendet werden. Die politische Seite der Bodenreform ist die Beseitigung des verderblichen Einflusses der Junker auf die politischen Geschicke Deutschlands.

Dem Ziel der deutschen Wirtschaft dient die Errichtung von fünf deutschen zentralen Verwaltungsabteilungen unter fünf Staatssekretären für das ganze deutsche Volk. Für die Wirtschaftspolitik beachtlich ist die Bestimmung, daß die alliierte Kontrolle auch der Sicherung einer gleichmäßigen Verteilung der wesentlichen Waren, unter den verschiedenen Zonen dient, um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben für Deutschland zu schaffen und die Einfuhrnotwendigkeit einzuschränken.

Unsere Aufgaben liegen klar vor uns.

den Wiederaufbau Deutschlands ist nicht möglich, ohne einen großzügigen und sorgfältigen Plan und ohne die genaue wirtschaftliche Durchführung dieses Planes. Bei all diesen Fragen halten wir eine lebensvolle und aktive Einschaltung der Gewerkschaften für unerlässlich. Der Einfluß der Arbeiterschaft innerhalb der Betriebe muß schnellstens entscheidende Bedeutung und Gewicht erlangen. Die Gestaltung der Lebenshaltung für die Arbeiterschaft kann in Zukunft ihren Ausdruck nicht nur in der Lohnhöhe finden, sondern die gewerkschaftlichen Organe müssen tief hineingreifen in die letzten Wurzeln des Betriebes und des Arbeitsprozesses.

Wir fordern auch von den wissenschaftlich vorgebildeten Menschen in Deutschland, daß sie mitarbeiten am Aufbau einer neuen Wirtschaft und eines neuen Staates. Die auf weniger als ein Drittel gesunkene Industrie- und Verkehrs-ausrüstung muß so schnell und erfolgreich erweitert werden, daß der Massennot nicht der Massentod folgt. Dabei sind wir ohne jegliches Geldkapital.

Vor solchen Aufgaben war in der Wirtschaftsgeschichte noch kein Volk, wie sind ohne Wissenschaft nicht zu lösen.
Über die Frage des gemeinsamen Kampfes mit der Kommunistischen Partei machte der Redner diese Ausführungen: Auf allen von mir besprochenen Arbeitsgebieten ist die Einheit der sozialistischen Aktion nicht nur notwendig, sondern sie ist auch möglich. Die gesellschaftliche Entwicklung läßt keinen Raum mehr für eine gesplittete Arbeiterklasse. Der Ausdruck dieser Erkenntnis liegt in der Ver-

einbarung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei vom 19. Juni 1945.

In einer Rückschau auf die deutsche Geschichte untersehe ich dann der Redner die große Frage von Schuld und Schicksal und zeichnete dabei die Stellung der Deutschen Sozialdemokratie. Die Weimarer Republik war nur eine Episode auf dem Wege der Selbstzerstörung dieses unglücklichen, an den großen in der Geschichte ihm gegebenen Chancen seit 300 Jahren immer vorübergehenden deutschen Volkes, sich eine eigene liberale Staatlichkeit und einen freien Bürger zu schaffen, die den Anschluß an die ibrige Welt gesichert hätten. Dieser Anschluß wurde auch in der Demokratie von 1918 noch nicht gefunden.

Wenn heute ein neuer Staat in Deutschland aufzubauen ist, so ist die deutsche Arbeiterklasse und in ihr die Sozialdemokratische Partei in erster Linie dazu berufen, diesen neuen Staat zu errichten. Wenn auf dem Wege zur Errichtung dieses neuen Staates das uns überkommene Geschicksbild zu revidieren ist, so werden die Ideen der Freiheit, der Verantwortlichkeit, des Staatsbürgers für seinen Staat, der Unterordnung aller Machtinstrumente unter den Willen einer zivilen Staatsgewalt in den Händen der deutschen Arbeiterklasse am besten aufgehoben sein.

Der Vortrag, der oftmals von Beifall unterbrochen wurde, löste ein Schluß stürmische Zustimmung aus. Weit über eine Versammlungsrede hinauswirkend, war er ein Programm und in großer Stunde die Kennzeichnung der geschichtlichen Mission der deutschen Arbeiterklasse.

Wir müssen uns selbst helfen

Einheitsfront der Freien Deutschen Gewerkschaften!

Eine von 27 Delegierten besuchte Provinz-Delegierten-Konferenz tagte am 15. September in Halle. Es Referat hielt Genosse Chwalick (Berlin). Er führte in zweifelhafter Rede aus, daß nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt vor dem gewaltigen Problem der Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft steht. Das deutsche Volk kann zum Teil die Größe der Katastrophe noch nicht annähernd begreifen. Die Goebbelsche Lügenpropaganda hat die Hirne in Deutschland demaschieren vernebelt, daß Jahre vergehen werden, ehe der Deutsche endlich begreifen lernt, daß Hitler und die Nazis, die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer als die Schuldigen einwandfrei feststehen. Wenn das deutsche Volk heute verspannt zu haben scheint, daß alle von der Wehrmacht besetzten Länder die Last der Okkupation jahrelang in weit höherem Maße zu tragen hatten, so müssen wir wieder und immer wieder darauf hinweisen, daß wir, allen Nachteilen zum Trotz, noch von Glück reden können, daß wir nicht ebenso grausam behandelt werden, wie es anderen Völkern vom deutschen Militarismus geschehen ist. Daß die Besatzungsbehörden jetzt schon wieder den Aufbau der Gewerkschaften ermöglichen, das ist doch ein gewaltiger Unterschied zwischen der Besetzung Deutschlands und der Nazi-Okkupation. Aber irgendeine Hilfe von anderen Völkern haben wir vorläufig nicht zu erwarten, wir müssen uns selbst helfen, Verkehr und Industrie wieder anzukurbeln.

Der Aufgabenkreis der Gewerkschaften

„Die am 15. September 1945 in Stadtschlamm-Halle (Saale) tagende erste Provinzialdelegiertenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt fest, daß nach der Zerstörung des Hitler-Reiches, nach den ungeheuren Zerstörungen, die der Raubkrieg der Hitlerbanditen und Imperialisten uns gebracht haben, vor uns die Aufgabe steht, mitzuhalten, um ein neues, demokratisches, antisfaschistisches Deutschland zu schaffen. Sie begrüßt die Berliner Beschlüsse, die es ermöglichen, daß die Arbeiter über ganz Deutschland sich gewerkschaftlich organisieren können. Für die Gewerkschaften gilt es, nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, sondern auch die zerstörte Wirtschaft im Interesse des Volksganzen wieder in Gang zu bringen. Die Provinz Sachsen ist der Schwerpunkt in der Braunkohlen- und Chemiefabrikation. Ihre Landwirtschaft hat über die Grenzen der Provinz hinaus Bedeutung. Die Stickstoff- und Kaliversorgung muß so gesteigert werden, daß sie den eigenen Bedarf der Provinz deckt und darüber hinaus auch andere Provinzen mit versorgt, um so auch die für die Landwirtschaft so wichtigen Stickstoff- und Kaliumdüngemittel einzuschleusen zu können. Alles muß unternommen werden, um der Landwirtschaft die notwendigen Einrichtungen, Geräte und Bedarfsartikel zu beschaffen.“

Die Konferenz beschloß, besonders die Bodenreform, die die Lehrerbildung, die Förderung der Bauern und Landarmen „Junckerland in Bayernhand“ verwirklichte. Sie verpflichtet sich, den Neubauern bei der Ingangsetzung ihrer Wirtschaft alle materielle, politische und moralische Hilfe zu leisten. Entscheidend für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ist, daß das Verkehrswesen auf das Höchstmögliche Kapazität gesteigert wird. Insbesondere werden wir uns dafür einsetzen, daß in der Kohle- und Treibstoffproduktion die Höchstleistung erzielt wird, und dabei auch die Versorgung der Haushalte mit Brennstoff sichergestellt wird.

Die Gewerkschaften müssen in Verbindung mit ihrer privaten Initiative und in gemeinsamer Bestrebung mit den Arbeitern die Bauwirtschaft besonders Aufmerksamkeit widmen. Die Aufgaben bestehen in der Wiederherstellung der zerstörten Betriebe, soweit sie für den Friedensbedarf notwendig sind, und in der Schaffung des so dringenden notwendigen Wohnraumes. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Gewerkschaften zu einheitlichen und schlagkräftigen Organisationen ausgebaut werden. Unter zentraler Führung sollen sich die Gewerkschaften aufbauen auf dem Gedanken:

für einen Betrieb nur einen Verband.

Beim Aufbau der Gewerkschaften muß das demokratische Mitspracherecht der Mitglieder gewahrt werden. Die Organe der Freien Gewerkschaften werden gewählt nach den Prinzipien des in der Arbeiterbewegung bewährten Grundsatzes des demokratischen Zentralismus. Die Orts- und Kreisausschüsse werden auf den Konferenzen von betrieblichen Gewerkschaftsdelegierten gewählt. Um eine einheitliche Ausrichtung der Gewerkschaften zu erreichen, ist es notwendig, eine zentrale Leitung zu schaffen. Für die Provinz Sachsen ist zur Verwirklichung dieses Zieles und als Ergebnis dieser Konferenz ein Provinzausschuß für die Gewerkschaften zu wählen. Die auf der Provinzkonferenz versammelten Delegierten wünschen die baldige Schaffung einer zentralen Leitung für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Auf einer Konferenz der Gewerkschaftsdelegierten aus allen Provinzen soll die Bildung einer solchen zentralen Leitung erfolgen.

Wenn die Gewerkschaften stark genug sein sollen, die vor uns stehenden großen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu erfüllen, müssen sie eilig und einheitlich sein. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten können nur gewahrt werden in erster Verbindung mit den poli-

hierbei werden die deutschen Gewerkschaften die hervorragende Rolle spielen. Wenn wir nicht sofort eingreifen, dann wird die Bevölkerung der größeren Städte im kommenden Winter hungern und frieren. Das darf nicht geschehen.

Wir fordern die Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft zur Zerschlagung der Trusts und Kartelle, damit diesmal nicht wieder die Voraussetzungen für einen neuen Krieg geschaffen werden.

Die Einheit der Arbeiterbewegung ist die Bedingung für den Aufstieg Deutschlands. Der gewaltige Wahlsieg der Arbeiterpartei in England soll uns ein Beispiel geben, daß Einigkeit und Fehlführer. Bei uns werden bereits wieder die Gewerkschaft der Kaufmannschaft und eine der technischen Angestellten ins Leben gerufen. Dadurch kann der Unternehmer wieder eine Gruppe gegen die andere ausspielen. Es ist das Unglück des deutschen Volkes, daß es aus der Vergangenheit nicht viel gelernt hat. Die Reaktion ging bisher immer als Sieger aus allen Kämpfen hervor. Schon 1918 hat das deutsche Volk versagt. Wenn es diesmal nicht die Lehren annimmt, dann ist es zu spät.

In die Diskussion griff u. a. auch Provinzleiter Merrens ein. Einige Anträge wurden einstimmig angenommen, sie fanden ihren Ausdruck in folgenden Entschlüssen:

Kontrolle der Jugenderziehung

„Die Gewerkschaftsdelegiertenkonferenz der Provinz Sachsen unterstreicht die große Bedeutung, die in der Erziehung und antisfaschistischen Ausrichtung der Jugend liegt. Die Nazi-Führung und ihre kapitalistischen Auftraggeber haben die Jugend in verheerender Weise für ihre Zerstörungs- und gewissenlose Weltveroberungspolitik mißbraucht. Das Erbe des Faschismus ist keine Hilfe, sondern eine schwere Belastung für die Jugend. Die Verantwortung dafür tragen ebenfalls die nazistischen Erzieher und Ausbilder in den Betrieben und Schulen.“

Wir verurteilen Delegierten halten es für unvereinbar mit der antisfaschistischen Demokratie, daß in vielen Betrieben immer noch Faschisten an der Ausbildung und Erziehung unserer Jugend maßgebenden Einfluß ausüben. Wir fordern deshalb:

1. Eine ständige Kontrolle durch die Gewerkschaften über die gesamte Berufserziehung.
2. Die sofortige Entfernung aller nazistischen Ausbilder und Erzieher in den Betrieben und den Einsatz von Antifaschisten.
3. Den Entzug der Lehrberechtigung für alle faschistischen Lehrmeister.

4. Die Beseitigung jeglichen militärischen Drills in der Lehrausbildung und den Berufsschulen unter der Kontrolle der Gewerkschaften und der antisfaschistischen Jugendausschüsse.

Wir begrüßen die Maßnahmen der Gewerkschaftsleitung zur Organisation eines massenhaften Aufbaus für die nächsten Winteraufbau sehr bedeutungsvolle Baugewerbe sowie eine richtige Lenkung des Arbeitseinsatzes der gesamten Jugend für den friedlichen Aufbau.

Wir rufen alle Gewerkschaftler auf, ihre Kinder in die Veranstaltungen der Jugendausschüsse zu schicken, die über den Winteraufbau und Not in eine frohe Zukunft zeigen. Hilft mit an der Schaffung einer starken einheitlichen antisfaschistischen Jugendausbildung!

Nachdem die Delegierten für die Landeskonferenz in Berlin gewählt und festgesetzt waren, forderte zum Schluß Genosse Chwalick noch einmal, nicht zu erlahmen im Kampf gegen den Faschismus und die Einheit der Freien Deutschen Gewerkschaften hochzuhalten!

Arbeit am Frieden

Eine Erklärung des Rates der Außenminister

London, 16. September (TASS). Wie die Agentur Reuter mitteilt, wurde hier gestern Abend im Namen des Rates der Außenminister, der gegenwärtig in London tagt, folgende offizielle Erklärung veröffentlicht:

„Der Rat hielt heute zwei Sitzungen ab. Auf der Vormittagssitzung führte der chinesische Außenminister Dr. Wang-Shi-Tse, auf der Tagesitzung der Staatssekretär der USA, James Byrnes, den Vorsitz.“

Der Rat begann mit der Beratung der Friedensbedingungen für Italien. Es wurde vereinbart, daß allen Vereinten Nationen, die sich im Kriegszustand mit Italien befanden, vorgeschrieben wird, falls sie es wünschen, ihren Standpunkt zu dieser Frage schriftlich darzulegen. Es wurde gleichfalls beschlossen, daß der Vorsitzende der Sitzung, Dr. Wang-Shi-Tse, im Namen des Rates Jugoslawien, Italien, Australien, Kanada, Indien, Neuseeland und der Südafrikanischen Union vorschlagen wird, je einen Vertreter zu ernennen, falls sie es wünschen, auf der Sitzung der Außenminister, die am 17. September stattfindet, anwesend zu sein und den Standpunkt ihrer Regierung zu der Frage der jugoslawisch-italienischen Grenzen darzulegen.“

Der Rat billigte heute die Vorschläge der Stellvertreter zur Schaffung eines vereinigten Sekretariats, das aus Sekretären der fünf Delegationen bestehen wird.

SS-Massenmörder vor Gericht
Der Prozeß gegen die Wache des KZ Belsen Lüneburg. (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, beginnt der Prozeß gegen die Wache des Konzentrationslagers Belsen am Montag, 17. September, in Lüneburg. Der

deutsche Arbeiterklasse nicht ottahelich den Kampf gegen den Faschismus führte. Eine wichtige Schlüsselrolle aus dieser Tatsache ist, daß sich die Gewerkschaftsbewegung nur aus solchem Verrat der Arbeiterklasse zusammensetzen kann, die in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie in keiner Situation den Prinzipien der modernen Gewerkschaftsbewegung und damit auch dem Sozialismus untreu geworden sind. Solche ehemaligen, führenden Gewerkschaftsfunktionäre, die zum Beispiel zur Teilnahme an der faschistischen Mai-Demonstration am 1. Mai 1933 aufriefen und danach die Gewerkschaften des Faschismus auslieferten, können jetzt keinen Platz in der Führung der neuen, freien Gewerkschaften finden.“

Neben den alten, den Gewerkschaften treu gebliebenen Funktionen sollen junge, tatkräftige Gewerkschaftler in die Führung der freien Gewerkschaften eintreten. Wenn sich die freien Gewerkschaften und ihre Führung auf diesen Grundsätzen aufbauen wird es möglich sein, die großen Aufgaben auf dem Gebiete des Betriebsrätewesens, des Abschusses von Tarifverträgen, der Demokratisierung der Industrie- und Handelskammern und den Neuaufbau in Stadt und Land im schnellsten Tempo zu erfüllen. Das deutsche Volk ist darüber hinaus verpflichtet, den anderen Völkern zugefügten Schaden wieder gut zu machen. Die Lasten dieses Krieges sollen vor allem getragen werden von den Kriegshetzern und Kriegsschuldigen.

Durch die Verwirklichung der den Gewerkschaften gestellten Aufgaben wird es möglich sein, daß für uns so notwendige Vertrauen aller Völker der Welt und insbesondere der Völker der Sowjetunion, der die deutsche Arbeiterklasse die Befreiung vom Joche des Faschismus in erster Linie verdankt, wieder zu erringen.

In diesem Sinne gehen wir an den Aufbau der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung mit dem festen Vertrauen, daß es uns gelingen wird, mit einheitlichem und geschlossenem Willen den Weg zu einer besseren Zukunft der deutschen Arbeiterklasse zu bahnen.“

Kontrolle der Jugenderziehung

„Die Gewerkschaftsdelegiertenkonferenz der Provinz Sachsen unterstreicht die große Bedeutung, die in der Erziehung und antisfaschistischen Ausrichtung der Jugend liegt. Die Nazi-Führung und ihre kapitalistischen Auftraggeber haben die Jugend in verheerender Weise für ihre Zerstörungs- und gewissenlose Weltveroberungspolitik mißbraucht. Das Erbe des Faschismus ist keine Hilfe, sondern eine schwere Belastung für die Jugend. Die Verantwortung dafür tragen ebenfalls die nazistischen Erzieher und Ausbilder in den Betrieben und Schulen.“

Wir verurteilen Delegierten halten es für unvereinbar mit der antisfaschistischen Demokratie, daß in vielen Betrieben immer noch Faschisten an der Ausbildung und Erziehung unserer Jugend maßgebenden Einfluß ausüben. Wir fordern deshalb:

1. Eine ständige Kontrolle durch die Gewerkschaften über die gesamte Berufserziehung.
2. Die sofortige Entfernung aller nazistischen Ausbilder und Erzieher in den Betrieben und den Einsatz von Antifaschisten.
3. Den Entzug der Lehrberechtigung für alle faschistischen Lehrmeister.

4. Die Beseitigung jeglichen militärischen Drills in der Lehrausbildung und den Berufsschulen unter der Kontrolle der Gewerkschaften und der antisfaschistischen Jugendausschüsse.

Wir begrüßen die Maßnahmen der Gewerkschaftsleitung zur Organisation eines massenhaften Aufbaus für die nächsten Winteraufbau sehr bedeutungsvolle Baugewerbe sowie eine richtige Lenkung des Arbeitseinsatzes der gesamten Jugend für den friedlichen Aufbau.

Wir rufen alle Gewerkschaftler auf, ihre Kinder in die Veranstaltungen der Jugendausschüsse zu schicken, die über den Winteraufbau und Not in eine frohe Zukunft zeigen. Hilft mit an der Schaffung einer starken einheitlichen antisfaschistischen Jugendausbildung!

Nachdem die Delegierten für die Landeskonferenz in Berlin gewählt und festgesetzt waren, forderte zum Schluß Genosse Chwalick noch einmal, nicht zu erlahmen im Kampf gegen den Faschismus und die Einheit der Freien Deutschen Gewerkschaften hochzuhalten!

Asiatische Methoden

Die Japaner empfinden, ihre Heimische zu vergessen

Washington, 16. September (SNB). Eine Dana-Meldung besagt, daß der Angriff auf Pearl Harbor wird in den Annalen der amerikanischen Geschichte und des amerikanischen Volkes als das unvergessliche Symbol japanischen Verrats und japanischer Treulosigkeit erhalten bleiben.

Dean Acheson, der amerikanische Unterstaatssekretär im Außenministerium, machte diese Feststellung in Antwort auf einen Brief des japanischen Ministerpräsidenten Higashi Kuni, in dem Kuni das amerikanische Volk aufforderte, Pearl Harbor zu vergessen, da Japan nun dabei ist, eine völlig neue und friedliebende Nation zu werden.

In einer Besprechung mit Presseberichterstatterin betonte Acheson, daß die japanische Auffassung, der Krieg ist zu Ende, vergessen wir den Straßenterror, beweist, wie wenig japanische Kreise die Größe ihrer Verbrechen und die wahre Natur Amerikas erkannt haben. Wir sind fest entschlossen zu verhindern, daß die Japaner noch einmal Gelegenheit für einen solchen Verrat finden werden.

Erlichung neuer Sowjetgüter

Moskau, 16. September (TASS). 100 Millionen Rubel werden in diesem Jahr für die Erlichung neuer Sowjetgüter in der UdSSR ausgegeben werden. Mehrere tausend Häuser, Viehhöfe und Getreidevorräte sind nach Vertriebung der Deutschen von der Ukraine dem Kubanland, aus Beljorland und anderen Sowjetterritorien auf den Sowjetgütern wieder aufgebaut worden. 3500 Viehzuchtwerke, mehrere tausend Kornspeicher, 200 Kraftwerke, 2500 Häuser für die Arbeiter der Sowjetgüter sind jetzt im Bau begriffen.

Sowjetjungen räumen Norwegen

Moskau, 16. September (TASS). In Verbindung mit der Demobilisierung räumen die Sowjettruppen das norwegische Gebiet. Die Zurückziehung der Sowjettruppen hat bereits begonnen.

Die russischen Gewerkschaften für Weltorganisation

Moskau, 15. September (TASS). Der Direktor der Internationalen Sektion des Allunions-Zentralkomitees der Gewerkschaften, Michail Kusnezow, schreibt, daß gegenwärtig die sowjetischen Gewerkschaften zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf dem Pariser Kongress (er soll Ende September tagen) vorbereiten, wo die neue Weltföderation der Gewerkschaften gegründet werden soll. Es besteht kein Zweifel, sagt Kusnezow, daß auf diese breiten und repräsentativen Versammlung der Arbeiterklassen der demokratischen Länder die sowjetische Delegation als aktiver, positiver Faktor erscheinen wird. Während des Krieges ist das Prestige der sowjetischen Gewerkschaften unermesslich gewachsen. Nun können es nur die Feinde der Einheit und der Zusammenarbeit der arbeitenden Klasse leugnen, daß die mächtigen sowjetischen Gewerkschaften eine konstruktive Kraft in der internationalen Arbeiterbewegung darstellen. Einige 10 Millionen von Mitglidern der sowjetischen Gewerkschaften wünschen heiß und aufrichtig, daß eine stabile Einheit der arbeitenden Klassen der demokratischen Länder hergestellt werde. Die sowjetischen Gewerkschaften werden aktiv teilnehmen an der baldigen Gründung einer mächtigen und leistungsfähigen Weltgewerkschaftsorganisation, die fähig ist, die lebenswichtigen Interessen der arbeitenden Klasse zu schützen.“

Ribbentrops Sekretär verhaftet. Der Londoner Rundfunk teilt mit, daß Ribbentrops früherer Sekretär, Oskar Schlitter, in Kehlheim festgenommen wurde.

Planmäßige Bergung von Allmaterial

Zur Förderung der Belange des Handwerks wurde für den Stadtkreis Eorft beim Stadtbauamt eine Kreiswanderwerkeltreibende geschaffen. Die Stadtverwaltung hat sich zur Bergung des wertvollen Materials, das in der Trümmer liegt. Unter Führung von Fachmitglidern wird das Material in Lagern gesammelt, sortiert und abgesetzt und dann an die in Frage kommenden Handwerksbetriebe verkauft. Die Entlohnung der Kolonnen erfolgt aus dem Vermögen des geborenen Materials.

Ein Goldfasan als Goldhamster. (LND) Der Gauschausarbeiter der Gaulteitung Sachsen der NSDAP, Kurt Treutrich, ist nach dem Fliegerangriff am 13. Februar aus Dresden, wo er in der Kurfürstenstraße 7 wohnte, geflohen und hat in Börsdorf im Landkreis Dippoldiswalde Aufenthalt genommen. Dort ist er am 20. Februar gestorben. Zu seinem Nachlaß gehörte ein Lederkoffer mit folgendem Inhalt: 7 goldene Herrenuhren, 1 silberne Herrenuhr, 3 goldene Uhrketten, 27 goldene Fingerringe, 1 goldenes Damenarmband, 18 Goldstücke, 8 goldene Denkmünzen, 2 Schachteln mit Abzeichen, 40 Sparausbehalten, die auf dem Namen des Verstorbenen und seiner Familienangehörigen lauteten, und Guthaben von zusammen mehr als 50.000 Mark aufweisen. Außerdem enthielt der Koffer Wertpapiere über einige tausend Mark. Schließlich gehörten zu dem Nachlaß noch acht Depotscheine einer Dresdener Bank. Ein ansehensreicher in das Depot wiederum Wertsachen, Sparkassenscheine usw. hinterlegt worden sind.

27 Brücken in 100 Tagen wiederhergestellt. (LND) In den letzten Tagen des Krieges hatten die Naziverbrecher auch die Eisenbahnlinie Görzitz-Zittau durch die Sprengung von 27 Brücken völlig unbrauchbar gemacht. Diese Störung wirkte sich bei der Versorgung des Gebietes der Oberlausitz und Ostsachsens außerordentlich nachteilig aus. Nach einer Arbeit von 100 Tagen sind alle Unterbrechungen wieder beseitigt worden und der erste Zug auf der Kohlenbahn Zittau-Görzitz verkehrte bereits wieder.

